

Kleines Land im Schatten des Kriegs

Für die Moldau sind der Überfall auf die benachbarte Ukraine und die Fluchtwelle bedrohlich

OLIVER JENS SCHMITT

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar haben 370 000 Kriegsflüchtlinge die Grenze zur Moldau überschritten. «Die Armen helfen den Verzweifelten», schreibt treffend der britische «Guardian». Tatsächlich ist die Republik Moldau das ärmste Land Europas. Der Krieg in der Nachbarschaft ist jetzt zudem eine reale Bedrohung für das kleine Land mit seinen 2,6 Millionen Einwohnern geworden.

Die Regierungschefin Maia Sandu hat reagiert, indem sie – wie auch die Ukraine und Georgien – um den schnellen Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU ersucht. Doch Brüssel reagiert ausweichend. Als problematisch gilt insbesondere, dass der Staat nicht das gesamte Territorium kontrolliert. Im Ostteil des Landes liegt die «Transnistrische Moldauische Republik», die sich zwischen 1990 und 1992 abgespaltete. Sie ist Standort der 14. Russischen Armee.

Die schwierige Gemengelage dieses Landes ist nur bei einem Blick in die Geschichte zu verstehen, die seit dem 19. Jahrhundert eng mit jener der Ukraine verflochten ist.

Im Spannungsfeld der Mächtigen

Das Fürstentum Moldau entstand um die Mitte des 14. Jahrhunderts zwischen dem Ostabhang der Karpaten und dem Nistru/Dnjestr, als sich das Mongolenreich der Goldenen Horde allmählich zurückzog. Die Mehrheit der Bevölkerung des multiethnischen Fürstentums bestand aus rumänischsprachigen Orthodoxen.

Die Moldau lag im Spannungsfeld des Habsburgerreiches, Polen-Litauens, des Chanats der Krimtataren und des Osmanischen Reiches, dem sie Tribut entrichtete. 1775 besetzte Österreich den Norden des Fürstentums: Daraus entwickelte sich die österreichische Bukowina mit dem Zentrum Czernowitz.

1812 annektierte Russland den Osten des Fürstentums – das zwischen den Flüssen Pruth und Nistru gelegene Gebiet wurde als Bessarabien Teil eines grossen Siedlungsprojekts des Zarenreichs im Süden der heutigen Ukraine.

Als «Neurussland» wurde es von Kolonisten, Russen und Ukrainern, aschkenasischen Juden, Bulgaren, Deutschen, Weinbauern aus der Waadt und in den Hafenstädten auch von Griechen erschlossen. Der Rest des alten Fürstentums Moldau schloss sich 1859 mit der Walachei zusammen und bildet seitdem einen Teil Rumäniens.

Anschluss an Rumänien

Die Bevölkerung Bessarabiens geriet bald unter Russifizierungsdruck, zumal die anfangs zugesagte Autonomie schon 1828 weitgehend aufgehoben wurde. Die Zugehörigkeit zur Orthodoxie beförderte die Anpassung an die russische Kultur. 1897 sprachen gerade noch 47,5 Prozent der Bessarabier Rumänisch. Die bessarabische Hauptstadt Chisinau entwickelte sich zu einer der grössten Städte des Zarenreichs und zu einem sozialen Brennpunkt: Wie in den meisten Marktflecken wuchs die jüdische Bevölkerung stark an, und dagegen richtete sich der um 1900 besonders gewaltsame russische Antisemitismus. 1903 war Chisinau Schauplatz eines der schlimmsten Pogrome in Russland.

Bessarabien wurde wie das ganze Zarenreich von den Revolutionen von 1905 und 1917 erschüttert. Nur langsam bildete sich eine Nationalbewegung rumänischsprachiger Moldauer. Ein Landesrat rief am 15. Dezember 1917 die «Moldauische Demokratische Republik» aus. Aus Furcht vor den Bolschewiken holte er bald rumänische Truppen ins Land und erklärte am 9. April 1918 den Anschluss an Rumänien.

Dabei formulierte der Landesrat eigene Vorstellungen einer demokratischen Gesellschaft mit regionaler Selbstverwaltung. Nach der gewaltsamen Aus-



Demonstration gegen die prorussische Regierung in der Moldau 2002.

MARIUS NEMES / AP

scheidung vieler nichtrumänischer Abgeordneter proklamierte der Landesrat am 27. November 1918 schliesslich den bedingungslosen Anschluss an Rumänien.

Diese Entscheidung entsprach aber nur dem Willen von rund der Hälfte der Bevölkerung und stellte für Rumänien eine schwere Hypothek dar. Die Zugehörigkeit zu Rumänien wird auch heute von westlich orientierten Moldauern idealisiert, was vor dem Hintergrund der gewaltsamen Sowjetherrschaft verständlich ist.

Brutale Sowjetisierung

Tatsächlich bekundete Rumänien mit der Integration Bessarabiens enorme Mühe: Die Region stand fast durchgehend unter Kriegsrecht, die soziale Lage der Bauern war prekär, rumänische Antisemiten, die viel vom zaristischen Antisemitismus übernahmen, hetzten gegen die jüdische Bevölkerung. Und zudem bildete sich eine bäuerliche Massenbewegung gegen den Wechsel zum gregorianischen Kalender.

Die Sowjetunion verweigerte die Anerkennung der neuen rumänischen Grenze am Nistru. 1924 gründete sie am Ostufer des Flusses als ideologisches Gegenmodell zum rumänischen Bessarabien die «Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik», in der der sogenannte Moldovenismus entwickelt wurde.

Gemeint ist eine Ideologie, wonach die rumänischsprachigen Moldauer eine von den Rumänen in Rumänien klar getrennte Nation mit eigener Geschichte und Sprache seien. Ein solches Idiom wurde rasch von sowjetischen Linguisten unter Verwendung zahlreicher russischer und ukrainischer Wörter konstruiert, konnte sich aber nie durchsetzen.

1939 erkannte Hitler im Molotow-Ribbentrop-Abkommen Bessarabien als Teil der sowjetischen Einflussphäre an. Als Rumäniens Verbündeter Frankreich im Juni 1940 zusammenbrach, stellte Moskau ein Ultimatum. Ohne einen Schuss abzufeuern, zogen sich die rumänische Armee und die Behörden in einer chaotischen Flucht über den Pruth zurück.

Unter Mitwirkung des ukrainischen KP-Chefs Nikita Chruschtschow begann eine brutale Sowjetisierung. Tausende Moldauer wurden deportiert und getötet. In Rumänien wurde die Schuld an dem nationalen Desaster den Juden angehängt. 1941 überschritten rumänische Truppen im Zuge des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion den Pruth

und eroberten Bessarabien zurück. Sie rückten über den Nistru nach Osten vor und errichteten ein rumänisches Verwaltungsgebiet Transnistrien mit Sitz in Odessa. Dort und in Bessarabien wurde ein Grossteil der jüdischen Bevölkerung von rumänischen und deutschen Tätern umgebracht.

Im Sommer 1944 gewann die Rote Armee Bessarabien zurück, was wiederum mit Flucht und Verschleppung verbunden war. Einen weiteren Höhepunkt erreichte das Grauen mit der Hungersnot von 1946/47, die 200 000 Menschen das Leben kostete.

Krieg, Shoah und Hungertod brachen der Gesellschaft sozial, aber auch mental den Rücken. Der KGB ging wie in den baltischen Staaten äusserst gewaltsam gegen die regionalen Eliten, gegen rumänische Intellektuelle, Grossbauern und politische Anführer vor. Zwischen 1917 und 1947 gehörte Bessarabien zu jenem osteuropäischen Raum, in dem die Bevölkerung bisher ungekannte Formen und Dimensionen der Gewalt erleben musste.

Bis zur Unabhängigkeit 1991 war die Moldau eine Teilrepublik der Sowjetunion. Die Macht lag weitgehend in den Händen russischer und ukrainischer Parteikader. Rumänische Sprache und Kultur wurden marginalisiert und als «nationalistisch» denunziert.

Bewegung für Unabhängigkeit

Die Sowjetisierung Bessarabiens betrieb zunächst der spätere sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew, gemeinsam mit Konstantin Tschernenko, später ebenfalls Führer der Sowjetunion. Die rumänischsprachige Bevölkerung, die rund zwei Drittel der Bewohner ausmachte, nahm besonders in den Städten die massiv propagierte russische Sprache an. Offiziell wurde der Moldovenismus gefördert und das Rumänische in kyrillischer Schrift geschrieben.

Vor diesem Hintergrund war es keine Selbstverständlichkeit, dass sich im Zuge der Perestroika eine moldauische Kulturbewegung bildete, die nationale und kulturelle Rechte der rumänischsprachigen Mehrheitsbevölkerung einforderte. Eine führende Rolle übernahm ab 1988 die «Demokratische Bewegung zur Unterstützung der Umstrukturierung» und ab 1989 Literaten des «Kreises Alexei Mateevici», die gemeinsam im März 1989 bei den ersten teilweise freien Wahlen in der Sowjetunion 10 von 16 Wahlkreisen gewannen und sich im Mai 1989 zur «Volksfront der Moldau» zusammenschlossen.

Es entstand eine Massenbewegung für Demokratie und politische wie kulturelle Selbstbehauptung der Moldauer, die in vielem vergleichbar ist mit den Unabhängigkeitsbewegungen der ebenfalls nichtslawischen Balten. Wie im Baltikum kam dabei der Offenlegung des bis dahin in der Sowjetunion geheim gehaltenen Ribbentrop-Molotow-Abkommens grosse Bedeutung zu, denn damit konnte die Illegitimität der sowjetischen Herrschaft aufgezeigt werden.

Als Ende August 1989 die moldauische (rumänische) Sprache in lateinischer Schrift als Staatssprache festgelegt wurde, wuchs der Widerstand der nicht-rumänischen Bevölkerungsteile. Es kam zu Massendemonstrationen am Ostufer des Nistru, die Behörden gingen zunehmend gewaltsam gegen moldauische Demonstranten vor.

Während 1990 die Mehrheitsbevölkerung die Demokratisierung vorantrieb, unterstützte Moskau separatistische Kräfte. So entstanden zwei territoriale Einheiten, die sich seitdem ganz oder weitgehend dem Zugriff der Regierung in Chisinau entziehen: der erwähnte Parastaat Transnistrien, der sich am 2. September 1990 für unabhängig erklärte, und die «Gagausische Sozialistische Sowjetrepublik» mit Sitz in Komrat.

Bei den Gagausen handelt es sich um turksprachige orthodoxe Christen, die nach Verhandlungen 1994 von Chisinau die Anerkennung als «Autonome Gebietseinheit Gagausien» erlangten.

Nach dem gescheiterten Putsch konservativer Kräfte gegen Michail Gorbatschow erklärte sich die Moldau am 27. August 1991 für unabhängig. 1992 scheiterte das Land bei dem verlustreichen Versuch, Transnistrien wieder unter Kontrolle zu bringen. Trotz vertraglichen Zusicherungen (1994, 1999) hat Russland seine Truppen aus Transnistrien nicht abgezogen. Der Parastaat entwickelte sich zu einem Umschlagplatz für Schmuggelware und den Handel mit verbotenen Gütern.

Prowestliche Staatspräsidentin

Die unabhängige Moldau wird aber nicht nur durch Territorialkonflikte belastet. Während viele Intellektuelle von einem Zusammenschluss mit Rumänien träumen, haben sich in Wahlen wiederholt postkommunistische und moskaufreundliche Kräfte durchgesetzt, die Reformen verhinderten. Staatschefs wie Mircea Snegur, Petru Lucinschi und Vladimir Woronin waren alle Kader aus der Sowjetzeit.

Die rasche Deindustrialisierung und der weitgehende Zusammenbruch der Wirtschaft haben eine Massenauswanderung hervorgerufen. Viele Männer arbeiten in Russland, während überwiegend Frauen nach Südeuropa abgewandert sind. Durch Emigration zerrissene Familien belasten die Gesellschaft schwer.

Die postsowjetische Elite hielt das Land im Moskauer Orbit, so in der 1991 geschaffenen «Gemeinschaft unabhängiger Staaten». 2009 kam es zu Massenprotesten gegen die autoritäre Führung des verarmten Landes. Die Schwäche der Institutionen wurde deutlich, als 2015 767 Millionen Dollar an Bankeinlagen, was 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprach, in betrügerischer Weise verschwanden. Der Oligarch Vladimir Plahotniuc, Milliardär inmitten von Massenarmut, hielt das Land fast ein Jahrzehnt bis 2019 in seinem Griff.

Im November 2020 setzte sich die prowestlich ausgerichtete Maia Sandu mit rund 58 Prozent der Stimmen gegen den russlandtreuen Igor Dodon als neue Staatspräsidentin durch und sicherte ihre Macht 2021 in Parlamentswahlen ab. Doch es bleibt ungewiss, ob das Land den turbulenten Weg nach Westen weitergehen kann oder in den Strudel der russischen Aggression gerissen wird.

Oliver Jens Schmitt ist Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Wien.

Moldau



Das dunkel hervorgehobene Gebiet entspricht ungefähr der abtrünnigen Region Transnistrien.

NZZ / oab